

**Satzungsänderungsantrag an den Bundesparteitag – Aufgaben des
geschäftsführenden Parteivorstandes**

Beschluss des Landesvorstandes im Umlaufverfahren vom 19. März bis 27. März 2014

Beschluss: Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen tritt folgendem
Änderungsantrag zur Bundessatzung bei.

**Maßnahmen der
Öffentlichkeitsarbeit:** Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Weitere Maßnahmen: Information an Halina Wawzyniak (urspr. Antragsstellerin),
Information an Parteivorstand

Finanzen: keine

Die Vorlage wurde abgestimmt mit: -

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder,
Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im
Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im
Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im
Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE
LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte,
sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite
Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:

Dafür: **14** Dagegen: **1** Enthaltungen: **0** **beschlossen**

f.d.R.

Dresden, den 26. März 2014



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin

Satzungsänderungsantrag an den Bundesparteitag – Aufgaben des Geschäftsführenden Parteivorstandes

Antrag:

§ 20 Abs. 3 neu formulieren wie folgt:

„Der Geschäftsführende Parteivorstand erledigt im Sinne der Beschlüsse des Parteivorstandes die laufenden ~~politischen und~~ organisatorischen Aufgaben und bereitet die Parteivorstandssitzungen organisatorisch vor. Er ist verpflichtet den Parteivorstand über alle Beschlüsse und Maßnahmen zu informieren. Das Nähere zur Arbeit des Geschäftsführenden Parteivorstandes regelt die Geschäftsordnung des Parteivorstandes.

Begründung:

Die Regelung stellt sicher, dass der Geschäftsführende Parteivorstand an die Beschlüsse des Parteivorstandes gebunden ist und in deren Rahmen die laufenden Aufgaben erledigt. Durch die Streichung von „politischen“ wird sichergestellt, dass der Geschäftsführende Parteivorstand sich nicht an die Stelle des Parteivorstandes im Hinblick auf politische Positionierungen setzt. Die Einfügung von „organisatorisch“ wiederum stellt klar, dass die Hoheit der politischen Debatten im Parteivorstand und nicht im Geschäftsführenden Parteivorstand liegt.